

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 55 (1963)
Heft: 5

Artikel: Die schweizerische Wirtschaft im Jahre 1962
Autor: Hardmeier, Benno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354082>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Basisversicherungen ausgebaut werden, deren Leistungen tatsächlich die Basis für eine einigermaßen anständige Existenz (anständig im Sinne des französischen Ausdruckes «décent») bei Eintritt der Versicherungsfälle Alter, Invalidität und Tod zu bieten vermögen. Zusätzliche Einrichtungen werden dadurch keineswegs überflüssig, Sparen und individuelle Vorsorge werden sinnvoller, und private Versicherung wird für viel breitere Schichten als heute – wie die Erfahrung beweist – erst recht attraktiv.

Giacomo Bernasconi.

Die schweizerische Wirtschaft im Jahre 1962

Ein Blick auf die Wirtschaftslage der westlichen Industriestaaten im Jahre 1962 vermittelt kein einheitliches Bild. In *Europa* überwogen nach wie vor die positiven Aspekte. Trotz gewisser Anzeichen für eine Abschwächung der Konjunktur setzte sich im allgemeinen die angespannte wirtschaftliche Tätigkeit fort, verbunden mit zum Teil recht ausgeprägten Preisauftriebstendenzen. In der EWG scheint sich das beachtenswerte wirtschaftliche Wachstum der letzten Jahre etwas zu verflachen. Unbefriedigend ist die wirtschaftliche Gesamtsituation in England, was durch eine alarmierend große Zahl von Arbeitslosen unterstrichen wird. Die wirtschaftliche Stagnation in Großbritannien gibt zu Besorgnissen Anlaß; man gewinnt den Eindruck, daß die konservative britische Regierung zu wenig konsequent eine expansive Wirtschaftspolitik zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums betreibt. – Auch in den Vereinigten Staaten war der Wirtschaftsverlauf im vergangenen Jahr nicht ganz so, wie es die Optimisten erwartet hatten. Die Arbeitslosigkeit konnte noch nicht überwunden werden, und die unbefriedigende Situation der amerikanischen Zahlungsbilanz scheint chronisch zu werden, was nicht zuletzt auf die hohen Hilfeleistungen an das Ausland zurückzuführen ist.

In der *Schweiz* hat die Hochkonjunktur im Jahre 1962 unvermindert angedauert. Es stand denn auch in der schweizerischen Wirtschaftspolitik das Problem der Konjunkturdämpfung im Mittelpunkt der behördlichen Bemühungen. Die Ermahnungen des Bundesrates und der Nationalbank zum «Maßhalten» wollten schier kein Ende nehmen. Das Fehlen eines genügend ausgebauten konjunkturpolitischen Instrumentariums, der starke Zufluß ausländischer Gelder und Arbeitskräfte und – last but not least – der Föderalismus machten jedoch die Dämpfungsbemühungen zu einem wenig hoffnungsvollen Unterfangen.

Tragende Pfeiler der Hochkonjunktur sind die Auslandnachfrage und die hohe inländische Investitionstätigkeit. Die Exportkonjunktur straft jene Lügen, die immer wieder behaupten, die gewerkschaft-

lichen Lohnforderungen seien übersetzt, denn die starke Nachfrage des Auslandes nach schweizerischen Produkten beweist, daß die Schweiz qualitativ und preislich günstig produziert; wären die Lohnforderungen wirklich zu massiv gewesen, so hätte unsere Exportindustrie ihren relativen Kostenvorteil verlieren müssen. Die außerordentliche Investitionstätigkeit widerspiegelt sich in der Tatsache, daß der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt in den letzten Jahren ständig zugenommen hat und heute rund 30 Prozent ausmachen dürfte.

Das *wirtschaftliche Wachstum* der schweizerischen Wirtschaft konnte sich im Jahre 1962 auf dem hohen Niveau des Vorjahres halten. Auf Grund erster Schätzungen stieg das Bruttosozialprodukt von 40,8 Mia Fr. im Jahre 1961 auf 45,7 Mia Fr. im Jahre 1962. Dies entspricht einer nominellen Zunahme von 12 Prozent. «Eine umfassende Beurteilung der Wirtschaftslage im Jahre 1962 läßt den Schluß zu, daß die wirtschaftliche Aktivität gegenüber 1961 nicht merklich nachgelassen hat, daß also ungefähr der gleiche reale Zuwachssatz des Sozialproduktes erwartet werden darf. Gemessen am Landesindex, war die Preissteigerung 1962 mit 4,3 Prozent im Jahresdurchschnitt doppelt so groß wie 1961, als sie 1,9 Prozent erreichte. Wenn die Wachstumssätze der nominellen Zunahme von rund 11 Prozent für 1961 und 12 Prozent für 1962 um die Preissteigerungskomponente reduziert werden, ergeben sich für das reale Bruttosozialprodukt Zuwachssätze von rund 9 Prozent für 1961 und 7 Prozent für 1962.» (Mitteilung Nr. 158 der Kommission für Konjunkturbeobachtung.) Unter den Mitgliedstaaten der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) ist die Schweiz eines der Länder mit dem stärksten wirtschaftlichen Wachstum, und es kann mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß unser Land das von der OECD gesetzte Wachstumsziel – Zunahme des wirtschaftlichen Wachstums zwischen 1960 und 1970 um 50 Prozent – vorzeitig erreichen wird. Daß eine nennenswerte Veränderung in der Verteilung des Volkseinkommens auf die drei Haupteinkommensgruppen (Arbeitseinkommen, Geschäftseinkommen, Kapitaleinkommen) eingetreten ist, dürfte nicht zu erwarten sein, denn die Erfahrungen haben gezeigt, wie stabil diese Anteile zumindest kurzfristig sind.

Die *Bautätigkeit* erreichte im vergangenen Jahr wiederum außergewöhnliche Ausmaße. Zwar konnten die auf über 10 Mia Fr. veranschlagten Bauvorhaben erwartungsgemäß nicht in vollem Umfange durchgeführt werden. Es wurde jedoch gleichwohl eine weitere bemerkenswerte Zunahme der Bautätigkeit verwirklicht. Machte die Bautätigkeit (ohne Unterhalt) im Jahre 1961 insgesamt 7,2 Mia Franken aus, so stieg sie nach vorläufigen Schätzungen im Jahre 1962 auf 8,3 Mia. Von diesen 8,3 Mia entfallen 2 Mia auf die öffentliche und 6,3 Mia auf die private Bautätigkeit; an letzterer betrug der

Anteil des Wohnungsbaus rund 3,4 Mia, während sich die gewerblichen und industriellen Bauten in der Größenordnung von 2,4 Mia bewegten. Die Zunahme der industriellen Bautätigkeit kommt auch darin zum Ausdruck, daß die von den Fabrikinspektoren begutachteten Bauvorlagen sich im Jahre 1961 auf 3886 bezifferten und im Jahre 1962 auf 4254 anstiegen. Die Zahl der begutachteten Bauvorlagen war demnach um 9,5 Prozent höher als im Vorjahr. «Werden nur die Bauvorlagen, die mit einer Raumerweiterung verbunden sind, in Betracht gezogen, so ergibt sich im Berichtsjahr (1962) eine Zunahme um etwa 5 Prozent.» («Die Volkswirtschaft», Heft 1, 1963, S. 19.) Im Jahre 1962 wurden in den von der Statistik erfaßten Gemeinden mit über 2000 Einwohnern 45 805 Wohnungen neu erstellt. Damit konnte das Rekordergebnis von 1961 um 1,7 Prozent sogar noch leicht übertroffen werden. Aber die Zahl der baubewilligten Wohnungen ging leicht zurück, was angesichts der noch immer herrschenden Wohnungsnot für die Zukunft weniger erfreulich ist. Die Zahl der baubewilligten Wohnungen (in den Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern) betrug 1961 58 154, im Jahre 1962 nur noch 55 498.

Wie die Entwicklung der *Kleinhandelsumsätze* zeigt, blieb die hohe Konsumfreudigkeit der Schweizer auch im vergangenen Jahr erhalten. Der Index der Kleinhandelsumsätze (je Monat; 1949 = 100), der von 174,3 im Jahre 1960 auf 192,4 Punkte im Jahre 1961 um 10 Prozent gestiegen war, erhöhte sich im Jahre 1962 auf 213,6 Punkte, was einer wertmäßigen Zunahme der Detailhandelsumsätze von 11 Prozent entspricht. Die Umsatzsteigerung war bei den einzelnen Warengruppen und Artikeln recht unterschiedlich; am ausgeprägtesten war sie bei den dauerhaften Konsumgütern. Daß die starke Nachfrage zu weiteren *Preiserhöhungen* und einer Verteuerung der Kosten der Lebenshaltung führte, ist bedauerlich, aber nicht überraschend. Der Landesindex der Konsumentenpreise erreichte Ende 1962 den Stand von 197,4 Punkten (1939=100) und lag um 3,2 Prozent über dem Stand Ende 1961. Auf den Jahresdurchschnitt berechnet, ergibt sich eine Indexzunahme von 1961 auf 1962 von 4,3 Prozent. Die Nahrungsmittelpreise stiegen am stärksten. Die im Laufe des Jahres 1962 unseren Bauern zugebilligten Preiserhöhungen blieben eben nicht ohne Auswirkungen auf die Konsumentenpreise. Es sei an dieser Stelle nur an die neuerliche Erhöhung des Milchgrundpreises von 45 auf 47 Rp. je Liter im Herbst 1962 und an die Heraufsetzung der Preise für Speisekartoffeln erinnert. Die außerordentlich hohen Gemüsepreise des kalten Winters 1962/63 bekommen die Hausfrauen noch jetzt zu spüren.

Die angespannte Wirtschaftslage verschärfte die Knappheit auf dem *Arbeitsmarkt*. Als Folge davon erhöhte sich der Bestand an ausländischen Arbeitskräften nochmals in geradezu unverantwort-

lichem Ausmaß. Die kontrollpflichtigen ausländischen Arbeitskräfte nahmen um weitere 100 000 zu. Ende August 1960 wurden 435 000 kontrollpflichtige Ausländer gezählt, ein Jahr später 548 000 und im August 1962 gar 645 000. Davon entfallen 30 Prozent auf Saisonarbeiter, 63 Prozent auf Nichtsaisonarbeiter und 7 Prozent auf Grenzgänger. Mehr als zwei Drittel der kontrollpflichtigen ausländischen Arbeitskräfte sind Italiener. Der Hauptharst der männlichen Gastarbeiter ist in den Metallarbeiter- und den Bauberufen tätig, während die Frauen vor allem in der Textilindustrie, im Gastgewerbe und im Hausdienst arbeiten. Der bedenklich hohe Bestand an ausländischen Arbeitskräften – zu den 645 000 Kontrollpflichtigen kommen noch gegen 100 000 Ausländer, die die Niederlassungsbewilligung erhalten haben – hat den Bundesrat nach vielfachem Drängen seitens des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zu Beginn des Jahres 1963 endlich veranlaßt, gesetzliche Maßnahmen zur Begrenzung des Ausländerzustroms zu ergreifen. Unsere Landesregierung erließ am 1. März 1963 einen Bundesratsbeschluß über die Beschränkung der Zulassung ausländischer Arbeitskräfte. Demnach sind Aufenthaltsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte oder Bewilligungen zum Stellenwechsel grundsätzlich nur noch zu erteilen oder zu erneuern, sofern der Gesamtpersonalbestand des Betriebes den Höchststand im Dezember 1962 nicht überschreitet oder doch nur unwesentlich erhöht wird. Ausnahmen sind vorgesehen für bereits vorgenommene Betriebserweiterungen und -umstellungen; nicht betroffen werden ferner die Landwirtschaft, Spitäler, Heime und Anstalten, private Haushaltungen sowie SBB und PTT.

Die anhaltend große Nachfrage nach Arbeitskräften führte zu *Lohnerhöhungen* auf individueller und vertraglicher Basis. Dazu heißt es in der schon zitierten Mitteilung Nr. 158 der Konjunkturbeobachtungskommission: «Trotz freiwilliger Selbstdisziplinierung einzelner Branchen und Verbände hat sich die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt praktisch nicht verändert, und es haben sich weitere Lohnsteigerungen auf individueller und vertraglicher Basis durchgesetzt. Die Steigerung der Lohnsätze erhöhte sich auf 5,6 Prozent, während die effektiven Stundenverdienste im Mittel um 7 bis 8 Prozent höher als 1961 waren. Dieses nominelle Wachstum der Stundenverdienste reduziert sich real (preiskorrigiert) auf 3 bis 3,5 Prozent, so daß der Reallohngewinn etwas kleiner ausgefallen ist als 1961.»

Auch im weiter anwachsenden *Außenhandel* spiegelt sich die Hochkonjunktur. Die Importe stiegen von 11 644 Mio Fr. im Jahre 1961 auf 12 986 Mio Fr. im Jahre 1962; die Exporte nahmen im gleichen Zeitraum von 8822 Mio auf 9580 Mio Fr. Die Zunahme war damit beim Import mit 11,5 Prozent merklich stärker als beim Export mit 8,6 Prozent. Der Passivsaldo der Handelsbilanz, der 1960

1,5 Mia Fr. ausmachte, stieg auf 2,8 Mia im Jahre 1961 und erreichte 1962 gar 3,4 Mia. Ueber dieses hohe Handelsbilanzdefizit braucht man sich aber nicht übermäßig aufzuregen, denn es wird durch die zu unseren Gunsten lautenden Nettoerträge aus den Dienstleistungen und Kapitalerträgen sowie durch die positive Kapitalverkehrsbilanz mehr als ausgeglichen. Das Jahr 1962 brachte, verglichen mit dem Vorjahr, auf der Einfuhrseite eine starke Zunahme der Importe von Lebensmitteln (11 Prozent) und Fabrikaten (18 Prozent), während sich die Rohstoffeinfuhren größenmäßig nicht veränderten. Bei der Ausfuhr entfallen 8,6 Mia Fr. auf Fabrikate, die gegenüber dem Vorjahr um 9 Prozent zunahmen. Der Export von Instrumenten und Apparaten stieg um 15 Prozent, derjenige von Maschinen um 11 Prozent und die Uhrenaufuhr um 9 Prozent; die Ausfuhr chemischer Produkte konnte um 7 Prozent und der Export von Textilien um insgesamt 5 Prozent gesteigert werden.

Im Jahre 1962 wurden in unserem Lande 39 555 Aktiengesellschaften gezählt, 3304 mehr als im Vorjahr. Das Nominalkapital erreichte die Höhe von 18,9 Mia Fr. Kapitalerhöhungen waren recht häufig. 1317 Kapitalerhöhungen mit einer Kapitalsumme von 1414 Mio Fr. (im Vorjahr 1210 Mio) wurden registriert. Zur Lage auf dem *Geld- und Kapitalmarkt* darf als zuverlässige Quelle der 55. Geschäftsbericht der Schweizerischen Nationalbank zitiert werden: «Angesichts der konjunkturellen Uebersteigerung im Inland und der außenwirtschaftlichen Entwicklung wäre eine deutliche Verknappung des Geld- und Kapitalmarktes zu erwarten gewesen. Eine solche blieb indessen aus. Lediglich im Frühjahr zeigte sich eine leichte Marktverengung, die im Juni, als Folge des Dollarzuflusses aus dem Ausland, von einer erneuten Verflüssigung abgelöst wurde. Die Erleichterung machte sich vorab am Geldmarkt bemerkbar. Bis kurz vor Jahresende befand sich der Markt, im ganzen gesehen, in einer flüssigen Verfassung; nur in Teilgebieten waren Versteifungstendenzen festzustellen... Am ausgeprägtesten trat die Tendenz zu Zinsfußsteigerungen am mittelfristigen Markt in Erscheinung. Insbesondere waren die Lokalbanken bestrebt, den Zinsfuß für Kassenobligationen heraufzusetzen... Die Tendenz zur Satzversteifung machte sich auch in einzelnen Sektoren des Hypothekemarktes bemerkbar. Der Zinsfuß für bestehende erste Hypotheken im allgemeinen Wohnungsbau sowie für Grundpfanddarlehen an die Landwirtschaft wurde hiervon aber nicht berührt; er verblieb auf dem Stand von $3\frac{3}{4}$ Prozent. Indessen wurden da und dort von privaten Instituten neue Hypotheken im ersten Rang auf Wohnbauten nur noch zu 4 Prozent gewährt, welcher Satz schon früher für gewerbliche und industrielle Darlehen allgemein verlangt worden war.» (S. 23/24.) Im Frühling 1963 scheint sich allerdings wieder eine gewisse Verflüssigung auf dem Kapitalmarkt abzuzeichnen.

Um das Bild zu vervollständigen, muß der aufsehenerregende Börsensturz in den letzten Maitagen des vergangenen Jahres wenigstens erwähnt werden. Dem «schwarzen Montag» (28. Mai) der Newyorker Börse folgte der «schwarze Dienstag» (29. Mai) der Zürcher Börse auf dem Fuße. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten kam in der Schweiz der Börsensturz aus heiterem konjunkturpolitischem Himmel. Ein Konjunkturumschwung wurde jedoch damit nicht eingeleitet, sondern die Hochkonjunktur nahm ihren Fortgang. Immerhin sollte dieses Ereignis als Fingerzeig dafür gelten, daß trotz der langjährigen Hochkonjunktur Unsicherheitsmomente vorhanden sind, die früher oder später eine Aenderung der Wirtschaftslage bewirken können. Eine solche wird allerdings in unserer exportorientierten Wirtschaft weitgehend von der wirtschaftlichen Entwicklung in unseren hauptsächlichsten Abnehmerstaaten abhängen.

Vorläufig haben die Konjunkturdämpfungsbemühungen an Aktualität noch nichts eingebüßt, und es ist zu hoffen, daß der Preisauftrieb abgebremst werden kann und der Hochkonjunktur die Spitze gebrochen wird, um den Uebergang zu einer weniger hektischen, aber gleichwohl wachstumsintensiven Konjunkturperiode zu finden.

Dr. Benno Hardmeier, Bern.

Demokratie ohne Frauen?



Nur wenige Monate liegt es zurück, seit Herr und Frau Oesterreicher ihr Parlament neu bestellt haben. Während des gesamten Wahlkampfes und noch am Wahltag selbst ließ es sich keine Partei nehmen, immer wieder zu betonen, welche Bedeutung der Wahlentscheidung der österreichischen Frauen zukäme. Diese Einschätzung war auch ganz richtig: Waren doch von den 4,8 Millionen österreichischen Wahlberechtigten 2,67 Millionen – das sind etwa 56 Prozent – Frauen. Es wäre lächerlich, wollte jemand daraus die Forderung ableiten, von den 165 Nationalratsabgeordneten

müßten demnach 93 weibliche Abgeordnete sein. Doch zehn weibliche Abgeordnete – und zwar sieben von der SPÖ und drei von der ÖVP – gegenüber 156 männlichen Mandataren ergeben ein so krasses Mißverhältnis, daß man kein Frauenrechtler sein muß, um es als das zu empfinden. Woran mag es liegen, daß so wenig Frauen in die hohe Politik Eingang finden?